ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

von Dohnanyi, Klaus; Vöpel, Henning

Research Report

ZEITENWENDE. Für ein Post-Corona-Zukunftsprogramm

HWWI Policy Paper, No. 122

Provided in Cooperation with:
Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: von Dohnanyi, Klaus; Vöpel, Henning (2020) : ZEITENWENDE. Für ein Post-Corona-Zukunftsprogramm, HWWI Policy Paper, No. 122, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/216910

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

ZEITENWENDE
Für ein Post-Corona-Zukunftsprogramm

Klaus von Dohnanyi, Henning Vöpel

HWWI Policy
Paper 122

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) | 2020
ISSN 1862-4960

Der Inhalt des Textes repräsentiert die persönliche Meinung der Autoren und stellt nicht zwingend die Meinung des Instituts beziehungsweise der ihm angehörenden Wissenschaftler dar.

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Henning Vöpel
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)
Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 340576-200 | Fax: +49 (0)40 340576-150
voepel@hwwi.org | www.hwwi.org

HWWI Policy Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)
Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 340576-0 | Fax: +49 (0)40 340576-150
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4960

© Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) | Mai 2020
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

HWWI

HWWI Policy Paper 122

ZEITENWENDE

Für ein Post-Corona-Zukunftsprogramm

Klaus von Dohnanyi, Henning Vöpel

Die Coronakrise kann eine schwere globale Depression nach sich ziehen. Historische Beispiele zeigen, wie gefährlich ökonomische und politische Verwerfungen dann sein könnten. Bereits jetzt ist erkennbar, dass die derzeitigen Instrumente zur Bekämpfung der Krise zeitlich begrenzt sein müssen, die Wirtschaft aber eine umfassendere Zukunftsperspektive brauchen wird. Ein Wiederaufbauprogramm müsste auch deswegen weit über ein konventionelles Konjunkturprogramm hinaus gehen, weil große Herausforderung wie Klima, Umwelt, Digitalisierung ja fortbestehen. Es geht also um ein Programm, welches die Innovationskraft von Wirtschaft und Politik auch für den bevorstehenden Strukturwandel mobilisiert und die Zuversicht der Menschen auf zukunftssichere Arbeit sowie die institutionelle Ordnung Europas stärkt.

Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Eine Wiederholung der „Großen Depression“ verhindern

Die Unterbrechung wirtschaftlicher Aktivitäten im Gefolge der Corona-Pandemie führt aktuell weltweit zu massiven Rückgängen von Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage. Es gibt bereits Befürchtungen, dass diese Verwerfungen auch nach Abklingen der Infektionswellen eine lange Zeit fortbestehen könnten, zumal große Märkte wie die USA und China erhebliche Schwächezeichen erkennen lassen. Schon werden Vergleiche zur „Großen Depression“ der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gezogen: Damals führten Arbeitslosigkeit, Vermögensverluste und soziale Not weltweit zu politischen Krisen und in Deutschland zum Aufstieg des Nationalsozialismus; in den USA konnte sogar erst mit dem Eintritt in den 2. Weltkrieg (1941) die hohe Arbeitslosigkeit von über 14 % überwunden werden. Und sozialpolitisch sind die USA heute leider nicht wesentlich stabiler aufgestellt als damals.

Auch heute werden nämlich aus den USA wieder Arbeitslosenquoten in dieser Höhe berichtet und es gibt dort schon wieder Reaktionen der Abschottung und des Protektionismus. Insofern sollten wir die Erfahrungen der 30er Jahre doch warnend in Erinnerung behalten. Denn damals führte die Smoot-Hawley Tariff Act (1930) der USA zu Schutzzöllen von etwa 20% und das löste unvermeidlich Gegenmaßnahmen der übrigen Welt aus; die berüchtigte „beggar thy neighbour“ Mentalität ergriff die Weltwirtschaft und als Wallstreet dann 1931 unangekündigt Kapital aus Europa abzog, brachen nicht nur deutsche Banken zusammen und die Arbeitslosigkeit stieg rapide. Nun waren nur noch nationale oder nationalistische Wege aus der Krise möglich.

Es muss deswegen beunruhigen, wenn nach einem Bericht der Financial Times vom April offenbar immer mehr US-Finanzinstitutionen beginnen, sich entsprechend der Devise „America first“ strategisch aus den europäischen Märkten zurückzuziehen. Protektionismus wäre indes der schlechteste Ratgeber für die Corona-Welt. Eine Pandemie zeigt zwar die Verwundbarkeit einer global vernetzten Weltwirtschaft auf, sie ist aber kein Argument für nationale Strategien, sondern im Gegenteil immer auch für eine globale Koordination und Kooperation in der Krise. Die Bundesregierung betont zu Recht, dass die grundsätzliche Aufrechterhaltung des freien Welthandels wichtige Voraussetzung einer umfassenden wirtschaftlichen Erholung sei, und zwar nicht nur für die Exportnation Deutschland. Globale Produktions- und Lieferketten können nur koordiniert wieder aufgenommen werden, damit eine hoffentlich schon bald anziehende Nachfrage die weltweiten Absatzmärkte sichert. Hier fehlt heute ein klarer und wirkungsvoller Einsatz Europas für die gemeinsame Verantwortung der Weltgemeinschaft im Kampf gegen eine drohende Weltrezession. Denn ein Rückfall in große Armut ist für viele Länder eine durchaus aktuelle Gefahr.

Doch Befürchtungen, es könne erneut kommen wie in der „Großen Depression“ der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, sind nicht zwingend. Damals, in Zeiten der Goldwährung, gab es, anders als heute, kaum Möglichkeiten mit Staatskrediten

auszuhelfen, wenn die dafür notwendigen Währungsreserven nicht ausreichten. Es fehlte auch noch ein Wirtschaftsverständnis, das heute den Staaten nicht nur die Möglichkeit, sondern nahezu eine Pflicht zuschreibt, mit öffentlich finanzierter Nachfrage und Liquiditätshilfen gegenzusteuern, wie es seit den Erkenntnissen von John Maynard Keynes allgemein anerkannt ist und auch praktiziert wird. Und es gab damals auch nicht Einrichtungen wie den Welt-Währungs-Fond (IMF), keine G 20, nicht die Europäische Union, um zu einer abgestimmten Politik in der Krise zu kommen.

Allerdings erleben wir heute bedenkliche Auflösungsprozesse dieser globalen Ordnungssysteme, und wiederum spielen die USA eine treibende Rolle. Europa sollte deswegen im Interesse von Frieden und sozialer Gerechtigkeit in der Welt jetzt hörbar vor den Gefahren dieses zunehmenden Nationalismus und Protektionismus warnen. Wir meinen, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bietet dafür heute eine geeignete Plattform. Frankreich und Deutschland sollten diese Plattform für eine gemeinsame Initiative auch im Interesse Europas nutzen.

Die Besonderheiten der Corona-Krise erfordern mehr als ein Konjunkturprogramm

Abrupte Wirtschaftskrisen hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Die meisten, so auch die „Große Depression“, hatten ihre Ursache in spekulativen Finanzblasen oder folgten Kriegen, Staatsverschuldung und Inflation. Die Corona-Krise entstammt jedoch einem Naturereignis, wie Erdbeben, Vulkanausbrüchen oder Sturmfluten. Unverschuldet, überraschend, wie Talebs Metapher des „Schwarzen Schwan“, der selten und überraschend erscheint und uns dann oft unvorbereitet trifft, wenngleich etwa Bill Gates und auch Taleb selbst, der im Fall von Corona nicht von einem „Schwarzen Schwan“ spricht, schon früher gewarnt hatten.

Was die Corona-Krise als Naturereignis jedoch wesentlich von Erdbeben oder Vulkanausbrüchen unterscheidet und für eine schnelle wirtschaftspolitische Reaktion auch schwieriger macht, ist, dass epidemische Infektionskrankheiten kein klares Ende finden. Die Pandemie der „Spanischen Grippe“, zum Beispiel, dauerte wohl von 1918 bis in die ersten 1920er Jahre. Auch Corona wird länger mit uns in Europa und der Welt sein, als heute noch mancher meint, und erst wenn alle erfolgreich geimpft sein werden, könnte vielleicht die Pandemie wirklich überwunden sein; auch dann könnten sogar noch Rückkehrgefahren fortdauern.

Dieses zeitlich offene Ende ist eine gefährliche Ursache wachsender Unsicherheit und eine wichtige Nebenbedingung politischen Handelns. Denn während die Welt bemüht ist, die weitere Ausbreitung der Infektionen durch Maßnahmen der Kontaktsperren zu begrenzen, erlahmte die Wirtschaft und die Perspektiven für eine Rückkehr in eine Zeit wie vor Corona erscheinen für große Teile der Bevölkerung immer fraglicher. In Deutschland wurde zwar sehr schnell und

wirkungsvoll mit Kurzarbeitergeld und umfangreichen Finanzhilfen gegengesteuert, dennoch wächst die Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft. Die Menschen wissen sehr wohl, dass Hilfsmaßnahmen in der Krise nicht die Antwort auf die Probleme nach der Krise sein können. Es ist diese Angst, die auch den Druck auf immer weitere Lockerungen in Wirtschaft und Gesellschaft auslöst. Denn läge ein überzeugendes Konzept für den Weg nach der Krise vor, wäre es vermutlich politisch einfacher, virologisch gebotene Restriktionen länger aufrecht zu erhalten. Zuversicht könnte die Bereitschaft, durchzuhalten, sicherlich stärken.

Unsicherheit und Zukunftsängste sind Gift für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die politische Führung braucht in Zeiten tiefer Krisen bei den Bürgern dieses Vertrauen in die Zukunft. Noch wird das politische System, noch werden Regierung und Opposition in Deutschland von einem breiten Vertrauen der Bevölkerung getragen. Aber das Institut für Demoskopie berichtete schon Ende März von einem „erdrutschartigen Absturz“ der Zuversicht in Deutschland; Corona und die Folgen ließen schon jetzt die Deutschen „pessimistischer werden als in jeder anderen Krise seit 1949“. Und während zunächst die Sorgen um die Gesundheit im Vordergrund standen, treten nun die Risiken der Wirtschaft immer deutlicher in das Bewusstsein. Das ifo-Institut sah Ende April die Erwartungen der Exporteure „im freien Fall“, und es heißt, nach Auslaufen des Kurzarbeitergeldes würden Entlassungen folgen müssen. Die Bundesregierung schätzt nun den Einbruch mit über 6% viel stärker als noch vor einigen Woche. Eine tiefe Rezession steht bevor, es droht ein erheblicher Anstieg der Arbeitslosigkeit, auch in Deutschland. Das optimistisch für 2021 vorgeschätzte Wachstum von 5.2% stößt auf verständliche Skepsis.

Die Corona-Krise traf auf eine Welt, die schon längere Zeit intensiv und beunruhigt über notwendige strukturelle Veränderung unserer Art zu wirtschaften diskutierte: Klimawandel, Klimaschutz, Umweltschutz, Digitalisierung und globale Abhängigkeiten, insbesondere im Bereich der Kommunikation, beherrschten die politischen Debatten. Diese Fragen bleiben bestehen und werden durch ein Konjunkturprogramm gegen die Folgen der Pandemie nicht beantwortet. Um in dieser Situation das Vertrauen der Bürger zu bewahren, müssten nach unserer Einschätzung sehr bald mindestens die Umrisse einer zuversichtlichen, glaubwürdigen aber auch umfassenden Perspektive des Wiederaufbaus vorgelegt und im Deutschen Bundestag diskutiert werden. Denn der Verweis auf ein späteres Konjunkturprogramm wird vermutlich nicht mehr lange ausreichen, um das noch bestehende Vertrauen zu erhalten. Gerade weil das Ende der Pandemie noch für viele Monate offen bleiben wird, braucht das Land in dieser Phase der Unsicherheit eine überzeugende Strategie für unsere wirtschaftliche Zukunft. Wenn der Krise nicht jetzt eine Idee neuer Prosperität entgegengesetzt werden wird, könnten sich mit Pessimismus und dem Verlust jeder Zuversicht auch die ökonomischen Verwerfungen weiter verstärken. Denn ein „Konjunkturprogramm“ beinhaltet schon als gewohnter Begriff kaum mehr als eine Strategie der Rückkehr zum Status quo ante, auch wenn die Bundeskanzlerin auf dem Petersberger Forum die

Einbeziehung des Klimaschutzes in das Konjunkturprogramm zugesagt hat. Doch die Aufgaben sind größer, denn konjunktureller Anschub allein hätte schon ohne die Corona-Krise die vor uns liegenden Probleme auf dem Gebiet des Arbeitsmarkes nur begrenzt lösen können.

Sicherlich müssen wir zunächst alle Kraft daransetzen, den Motor der Wirtschaft wieder anzuwerfen. Die weltweite Lähmung wirtschaftlicher Aktivität hat einerseits Einkommen, Ersparnisse und Vermögen weltweit gefährlich schrumpfen lassen, aber andererseits werden die bisherigen Produktionsstätten zunächst fast unbeschädigt fortbestehen. So wird „nach Corona“ ein weitgehend unverändertes, für großen Wohlstand aufgebautes, globales Angebotspotenzial einer zwangsläufig deutlich verminderten und zögernden Nachfrage gegenüberstehen. Hier sind die dramatischen Folgen von Corona schon jetzt erkennbar: Die Einkommen sind bei einem großen Teil der Menschen geschrumpft, Ersparnisse wurden angegriffen. Ebenso brechen die Erwartungen der Unternehmen massiv ein. Das wird vermutlich auch in den nächsten Jahren anhalten. Eine hartnäckige Deflation könnte die Folge sein. Im Kampf um das unternehmerische Überleben werden wir folglich einen harten Kosten- und Preiswettbewerb erfahren, mit möglicherweise einer Vielzahl von Insolvenzen. Besonders kleinere und mittlere Unternehmen werden wiederum betroffen sein. Das aber heißt, nur wenn es gelingt, auch die Nachfrage im Konsum wieder zu stärken, kann eine Überwindung der Corona-Folgen gelingen.

Konsumkaufkraft entsteht aber nur durch Arbeit, durch nichts anderes als durch bezahlte Arbeit – und diese wiederum nur durch eine entsprechende Nachfrage der Unternehmen und Verwaltungen nach Arbeit. Keine Marktwirtschaft, keine Gesellschaft kann nämlich über einen längeren Zeitraum eine substanzielle Konsumnachfrage durch staatliche Transferzahlungen finanzieren. Für jede demokratische Politik sind deswegen auch ertragreiche Unternehmen ein unentbehrliches Fundament. Diese Krise darf daher weder als das Ende von Wachstum und Marktwirtschaft noch als ein Beginn einer neuen Staatswirtschaft interpretiert werden. Das aber ist offenbar der deutschen Gesellschaft nicht überall klar genug. Denn die Debatte, ob Leben wichtiger sei als Wirtschaft, bringt niemanden weiter. Während wir bemüht sind, die Pandemie einzudämmen, müssen wir doch zugleich alles tun, um die Wirtschaft in Gang zu halten – letztlich finanziert ja nur Arbeit das Gesundheitssystem und den Sozialstaat. Es täte der gebeutelten Wirtschaft und dem Lande gut, wenn die Bundesregierung zu diesem unvermeidlichen Konflikt eine noch klarere Position beziehen würde.

Denn nicht nur in der Krise, sondern auch in der Zeit danach geht es um die Frage, wie Vertrauen und Zuversicht bewahrt und wieder gestärkt werden können. Es ist zu erwarten, dass sich daran harte Konflikte um die politische Deutungshoheit und ideologische Entwürfe von Gesellschaft, Staat und Ökonomie entzünden werden, und zwar vor dem Hintergrund möglicher schwerer sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen und in einem Umfeld von Populismus und Fake news. Umgekehrt besteht jetzt, in und unmittelbar nach der Krise, die Möglichkeit, unsere „Zukunft

zu reparieren“, wie Andrew Keen es beschreibt, indem wir jetzt nachholen, was wir versäumt haben. Der Zeitpunkt für diese „Zukunftsreparaturen“ ist günstig; sie könnten unsere Wirtschaft stärken und mit neuen Arbeitsplätzen der drohenden Depression entgegenwirken.

Schon vor Corona war klar, dass Deutschland einen Kurswechsel braucht

Wir dürfen nicht vergessen, schon lange vor der Pandemie war deutlich geworden, dass allein die großen vor uns liegenden Herausforderungen: Klimawandel, Klimaschutz, Umweltbedrohungen und die säkularen Umbrüche der Digitalisierung, erhebliche Transformationsprozesse und große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zur Folge haben werden. So wird zum Beispiel die Umstellung auf den Elektromotor in der Automobilindustrie die bisherige Beschäftigung bei Herstellern und Zulieferern ohne Zweifel deutlich verringern; ebenso werden notwendige Umweltschutzmaßnahmen die Kosten in den Unternehmen erhöhen und wir selbst werden viele, bisher liebgewordene Verbrauchsgewohnheiten, wie die Ferien in fernen Ländern, überdenken müssen, wenn die Klimabelastungen wirklich reduziert werden sollen. Aber auch hier werden immer wieder Arbeitsplätze betroffen sein, die nur durch aktiven Strukturwandel in einer innovationsfähigen Marktwirtschaft in neue Arbeitsplätze transformiert werden können. Es sind dies für uns unausweichliche Entwicklungen, die auch einen tiefgreifenden Wandel von Qualifikationen verlangen werden; Qualifikationen, denen jedenfalls im Umbruch ein Teil der Beschäftigten nicht ohne Weiteres wird entsprechen können. Die heutige Entwicklung der Beschäftigung in der Automobilindustrie möge hier nur als Hinweise dienen.

Das aber sind nicht nur konjunkturellen Probleme, sie wirken dennoch zunächst immer auch unmittelbar begrenzend auf den Arbeitsmarkt. Würden wir jedoch aus „konjunkturellen“ Gründen nach Corona die bisherige Wirtschaftspolitik einfach so weiterführen, blieben nicht nur diese Aufgaben ungelöst – die Rechnungen des Klimawandels und der Umweltzerstörungen träfen unsere Gesellschaft später umso härter, der unausweichliche Strukturwandel würde zu hohen Kosten weiter verzögert. Das gilt gleichermaßen für den schon aus Gründen des europäischen und internationalen Wettbewerbs unvermeidlich zunehmenden Einsatz von Technologien der Digitalisierung, der Automation und der Folgen des Einsatzes Künstlicher Intelligenz. Auch durch diese Entwicklungen wird der Arbeitsmarkt umgewälzt und dabei nicht nur wesentlich andere Qualifikationen gefordert, sondern möglicherweise auch die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht unerheblich reduziert werden. Ein Konjunkturprogramm würde auch hier nicht das angemessene Instrument sein. Im Gegenteil: Es könnte bestehende Angebotsstrukturen mit zielgerichteter Nachfrage stützen und den doch unausweichlichen Strukturwandel erschweren. Ein Beispiel wäre die Forderung nach einer neuerlichen „Abwrackprämie“ für die Automobilindustrie.

Deswegen sollte das zur Stabilisierung der Wirtschaft ohne Zweifel notwendige Konjunkturprogramm bei jeder Maßnahme sorgfältig bedenken, wie neben den notwendigen konjunkturellen Wirkungen auf dem Fundament der bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Öffnungen für den zugleich dringenden Strukturwandel bewirkt werden könnten. Die hohe Kunst der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren wird darin bestehen, konjunkturelle, Maßnahmen immer wieder mit einem auf die Lösung der großen Herausforderung ausgerichteten Strukturprogramm abzugleichen.

Die Stärkung von Zuversicht und Prosperität

Es scheint also unvermeidlich, dass wir uns nach Corona nicht nur der Aufgabe eines Konjunkturprogrammes, sondern entschlossen auch diesen strukturpolitischen Aufgaben stellen müssen. Und das könnte und sollte nicht nur als Nebenprodukt konjunkturellen Rezessionsausgleiches geschehen: Die Inangriffnahme dieser Aufgaben muss vielmehr als Kern einer strategischen Erneuerung der Wirtschaft Deutschland mit möglichst großer konjunkturpolitischer Wirkung verstanden werden. Wir müssen alle unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fantasie einsetzen, um diese gewaltigen Herausforderungen zugleich für neue Beschäftigungschancen zu nutzen. Danach sollte jetzt auch ein „Konjunkturprogramm“ ausgerichtet werden, denn Zuversicht orientiert sich an zukunftssicheren Arbeitsplätzen, nicht an konjunkturpolitischen Strohfeuern.

Könnten wir nämlich den Kampf gegen die Folgen der Corona-Krise strategisch so nutzen, dass durch eine energischere Strukturpolitik gegen Klimawandel, Umweltschädigung und für Fortschritte in der Digitalisierung neue Arbeitsplätze entstehen, wäre das nicht nur ein zweifacher Reformerfolg – es wäre auch erneut ein Vorbild für eine erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft in Europa. Ein Programm der Erneuerung wirtschaftlicher Vitalität und Prosperität in Deutschland und Europa kann und muss also diese Themen zur Grundlage jeder Aufbaustrategie machen. Ein Konjunkturprogramm im „weiter so“ müsste von den Menschen auch heute schon als zu kurz gesprungen verstanden werden und eventuell Chancen für eine nachhaltigere Wirtschaft in Zukunft verstellen.

Aus der Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen heutiger Konjunkturpolitik und einer Ausrichtung auf einen Strukturwandel für morgen ergibt sich aber ebenso, dass es ein schwerwiegender Fehler wäre, heute ökologischen Aspekten ausschließlichen Vorrang einzuräumen. Die deutsche Automobilindustrie, zum Beispiel, ist nicht nur eine Schlüsselindustrie für Beschäftigung und technischen Fortschritt in Deutschland. Sie leistet auch einen bedeutenden Beitrag für die notwendige Mobilität in einer modernen Gesellschaft. Die Krise, in die sie geraten ist, ist nicht nur selbstverschuldet, wie man bei einer internationalen Betrachtung unschwer erkennen kann. Die Autoindustrie braucht daher jetzt politische Unterstützung sowohl im Rahmen ihrer heutigen Produktpalette als auch im Übergang zu Produkten mit neuen Treibstoffen.

Eine zu späte Einsicht hat immer kostspielige Folgen

Die bedrohlichen Folgen des menschlichen Wirtschaftens für die Umwelt sind nämlich uns allen seit vielen Jahrzehnten bekannt. Wir alle, und nicht nur die Wirtschaft, hätten schon längst auf die großen Veränderungen reagieren müssen. Schon 1971 veröffentlichte die Royal Swedish Academy of Science gemeinsam mit dem Massachusetts Institut of Technology (/MIT) den Bericht „Inadvertent Climate Modification" Damals mag der drohende Klimawandel noch vom Menschen „unbeabsichtigt" und „unbewusst" verursacht worden sein. Doch darauf können wir uns schon lange nicht mehr herausreden. In diesem Bericht der Schwedischen Akademie hieß es schon 1971: „Die vollständigen materiellen Folgen (implications) sind schwer zu veranschlagen, aber die Kosten (damals nur für die tiefere Erforschung der Zusammenhänge!) werden hoch sein. Nichts desto weniger, es wird nur ein kleiner Teil der Kosten sein, die bereits für die Entwicklung von Überschallflugzeugen ausgegeben wurde". Nichts anderes gilt für den nur ein Jahr später veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums" des Club of Rome (1972) von Prof. Meadows oder auch seine Weiterentwicklung durch Prof. Randers im Jahr 2012. Wir haben nie wirklich zugehört und nur zögernd gehandelt. Nun werden die „Reparaturkosten" sehr viel höher sein, aber es gibt kein Ausweichen mehr: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange.

Nun gilt es, diesen zu begrenzen und zugleich auf die bereits auftretenden Klimafolgen sehr zügig zu antworten: Dürre, Waldbrände, Überschwemmungen, Stürme und andere Umweltbedrohungen. Wiederum: Ein „Konjunkturprogramm", das diese Aufgaben nicht zugleich im Auge hat, wäre ein großer Fehler. Es ist ja auch nur wenige Wochen her, dass ungeduldige Jugendliche freitags auf die Straßen gingen, um Politik für eine Klimazukunft zu fordern, die sie schon fast für verloren gaben. „Weg mit den großen Autos! Ein Ende der weiten Ferienflüge! Ein Ende der Wegwerfgesellschaft beim Klamottenkauf!". So und mehr klang es uns entgegen. Doch nun scheinen die Forderungen endlich erfüllt: Die Flotten der großen Fluggesellschaften stehen am Boden; Mercedes senkte die Produktion und verlor massiv an der Börse, die Frühjahrskollektionen lagern unberührt im Einzelhandel. Offenbar leistete ein Virus in wenigen Wochen, was nationale Politik im Verbund mit EU und den Vereinten Nationen in vielen Jahren nicht wirklich erreichen konnte: Im shutdown der globalen Wirtschaft ging angeblich der CO2 Ausstoß zum ersten Mal leicht zurück – doch zu welchem Preis! Der Corona-Ausnahmezustand kann kein Modell, schon gar keine neue Normalität sein. Umso deutlicher zeigt sich dadurch, dass es an der Zeit ist, klügere Lösungen zu entwickeln, als auf einen erzwungenen Stillstand zu warten – der im Falle des Klimawandels dann keinen Exit mehr hätte. So ist die Corona-Krise eine dringliche Mahnung für eine neue Politik.

Die Politik steht heute nicht nur vor der Aufgabe einer Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung „nach Corona", sondern zugleich auch vor der zwingenden Notwendigkeit einer ökologischen Umsteuerung, ohne die nach der Pandemie vermutlich ohnehin fragile Lage auf den Arbeitsmärkten weiter zu gefährden. Auch ein Blick auf die möglichen Folgen der Digitalisierung gehört hier hin: Seit Jahren

kennen wir die Prognosen über mögliche negative Folgen von Automation und Künstlicher Intelligenz für die Beschäftigung. Man muss nicht den besonders besorgten Vorhersagen folgen, die nicht nur viele industrielle Tätigkeiten, sondern auch durchaus anspruchsvolle Dienstleistungen wie Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte als zum Teil gefährdet betrachten. Aber über eines sind sich alle einig: Die Digitalisierung wird alle Arbeitsmärkte tiefgreifend umwälzen. Und wir wissen heute zwei Dinge: Zum einen, dass Strukturwandel einen Vorlauf benötigt, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sich an ihn anpassen zu können, etwa in Bildung, Ausbildung und systematischer Weiterbildung. Und zum anderen, dass wir spät dran sind und einen Rückstand in den öffentlichen Einrichtungen ebenso wie in den Unternehmen aufzuholen haben. Aber Geld hier jetzt investiert, sichert und schafft Arbeitsplätze und ist eine gute Investition in die Zukunft.

Wenn schon die Wiedergewinnung des gewohnten Wohlstandes nach Corona als „Herkulesaufgabe“ verstanden wird, wir aber zugleich eine nachhaltige, umwelt- und klimapolitische Umsteuerung im Strukturwandel der Digitalisierung durchzusetzen müssen, dann lässt sich leicht erkennen, wieviel politischer Mut, Fantasie und Kraft auch im Vergleich zu den Jahren nach 1945 erforderlich sein werden. Denn damals ging es „nur“ um den physischen Wiederaufbau des weitgehend zerstörten Landes, damit waren Ziel und Mittel klar. Man kannte den Bau der Städte und der ehemaligen Fabriken, ihre Fähigkeiten und Potenziale. Man konnte zunächst, erneuert und modernisiert, die alten Strukturen wiederherstellen. Das aber wird nicht ausreichen, wenn wir den säkularen Aufgaben von Klimawandel, Klimaschutz, der Umweltregeneration und der Digitalisierung gerecht werden wollen. Jetzt geht es einerseits darum, wieder zu beleben, was noch vor wenigen Monaten zwar höchst leistungsfähig, aber eben zum Teil auch ökologisch bedenklich war, und andererseits in diesem Prozess zugleich eine ökologische Umsteuerung der Wirtschaft vorzunehmen, ohne die Substanz des Wohlstandes der Vor-Corona-Zeit zu verlieren. Nicht nur ein Konjunkturprogram wird also notwendig sein, sondern ein ökologisches Strukturprogramm, das zugleich konjunkturell den Anschub heimischer und europäischer Nachfrage leistet. Ja, mehr noch: Die Corona-Krise selbst liefert den Anlass dafür, über wohlfahrtsteigernde Nachhaltigkeit und Wertschöpfung neu nachzudenken; sie wirkt also zugleich disruptiv und handlungsleitend.

Es geht also um Möglichkeiten, die großen, unausweichlichen Strukturbrüche zu nutzen, um Ausgleiche für den Nachfrageeinbruch der Corona-Krise zu schaffen. Es wäre hier selbstverständlich unmöglich, einzelne Projekte für ein solches Vorhaben aufzuführen. Nur das Prinzip sei betont: Es gilt im Zuge der Wiederbelebung der Wirtschaft alles zu tun, um zugleich die notwendigen und unvermeidlichen Strukturbrüche zu mildern, nicht indem wie sie nur hinausschieben, sondern jetzt annehmen und so bewältigen, dass zugleich auch Einbrüche der Corona-Krise ausgeglichen werden können. Dabei ist zu erinnern, dass nicht jede große staatliche Investition diesem Ziel dient: Brücken- und Straßenbau mögen notwendig sein,

aber viele Arbeitsplätze sind damit in der Regel nicht verbunden. Produktion und Export von Umwelttechniken oder klimaschonenden Produkten hätten vielleicht eine größere Wirkung. Präsident Roosevelts „New Deal“ in der „Großen Depression“ der 1930er Jahre konzentrierte sich nämlich stark auf große Bauvorhaben und scheiterte wohl auch deswegen auf dem alles entscheidenden Arbeitsmarkt. Jeder Strukturwandel, jede Krise wird letztlich aber immer dort und an der Frage entschieden, wie und wo gute, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.

Eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Für eine kreative Arbeitsmarktpolitik, die erhebliche Fortschritte auch im Bereich der Klimapolitik und des Umweltschutzes sowie der Digitalisierung berücksichtigt, sollte die Politik allerdings davon ausgehen, dass sie selbst niemals wirklich weiß, was Unternehmen jenseits ihrer heutigen Aktivitäten leisten könnten. Als kürzlich in den USA ein gefährlicher Engpass bei Schutzmasken auftrat, bezog sich Präsident Trump auf seine Notstandsrechte und wies Unternehmen der Automobilindustrie an, Masken zu produzieren. Es scheint, als habe das sehr kurzfristig funktioniert. Für die Überwindung der Corona-Folgen unter Einbeziehung der großen strukturpolitischen Aufgaben wird es deswegen entscheidend darauf ankommen, das große unternehmerische Potenzial Deutschlands wieder frei zur Entfaltung zu bringen. Denn wenn ein Vergleich mit 1945 überhaupt trägt, dann dieser: Man ahnte auch damals nicht, welche Kräfte der Erneuerung im zerstörten Deutschland schlummerten. Und auf diese selben Kräfte, auf unternehmerische Initiativen, auf Risikobereitschaft und Ausdauer wird es auch jetzt wieder ankommen. Das gilt nicht nur für startups: Nur unternehmerischer Geist, wie wir ihn nach 1945 wieder wecken konnten, wird uns auch diesmal aus der Krise führen können!

Aber dafür müssen wir uns auch auf die deutsche Tradition eines vertrauensvollen Zusammenwirkens von Staat und freiem Unternehmertum besinnen. Damals, nach 1945, so schreibt der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser, „standen auf der Suche nach der ordnungspolitischen Gestaltungskraft der Sozialen Marktwirtschaft (…) den Vordenkern und Praktikern der westdeutschen Wirtschaftspolitik alle Wege offen.“ Das, allerdings, ist heute nicht mehr der Fall. Ein enges Netz deutscher, europäischer und internationaler Regulierungen engt diese Freiheiten heute erheblich ein. Aber eine ökologische Wirtschaftspolitik muss zwar auch auf ökologische Regulierungen setzen, aber was darüber hinaus geht bedarf immer wieder der Überprüfung, denn mit dem Vorrang neuer Arbeitsplätze durch ökologische Wirtschaftspolitik betreten wir alle Neuland, und damit wird auch eine ständige Überprüfung der Bedeutung anderer Regeln notwendig, deren Ziel eine „produktive Orientierung“ (Erich Fromm) der Gesellschaft sein sollte. Der Eintritt in mehr Staatswirtschaft scheint zwar derzeit für viele verführerisch, aber dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand erzeugt am Ende nur der produktive

Prozess „kreativer Zerstörung“, der Altes durch Neues ersetzt (Schumpeter) und der auch den Hayek`schen Markt mutig als Entdeckungsverfahren nutzt.

Was wäre zu tun? Es liegen zahlreiche staatliche Ansätze und Regelungen für eine zukunftsorientierte Klima- und Umweltpolitik vor. Aber zugleich gibt es in der privaten Wirtschaft sehr viele wissenschaftliche, technologische und wirtschaftspolitische Ideen, wie wir Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit zukünftig besser miteinander im Einklang halten könnten. Die Bundesregierung sollte deswegen schon im Rahmen der Vorarbeiten für ein Konjunkturprogramm dieses Potenzial der deutschen Wirtschaft für ein solches Strukturprogramm mobilisieren und vorurteilslos prüfen. Unternehmen wissen nämlich noch immer am besten, was sie können, um dem gemeinsamen Ziel zu dienen. Staatliche Hilfe wird dabei häufig unentbehrlich sein. Die kürzlich von Bundesminister Altmaier entflammte Diskussion über eine stärkere Industriepolitik hat ein weitgehendes Unverständnis über die Besonderheiten des deutschen Modells aufgezeigt. Denn ohne die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten wird es auch in Europa nicht mehr voran gehen.

Den historischen Weg des deutschen Modells beschreibt auch hier Werner Abelshauser sehr zutreffend als eine „Ordnungspolitik der sichtbaren Hand“. Und der ordnungspolitische Vordenker der Nachkriegszeit im Bundesministerium für Wirtschaft (!), Professor Müller-Armack, will eine „sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ praktizieren. Abelshauser nimmt dann zur Beschreibung des deutschen Weges auch Bezug auf einen weiteren Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, Alexander Rüstow: „Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik (liegt) im Falle eines Marktversagens in erster Linie darin, durch Intervention eines `starken Staates` den Zustand wieder herzustellen, der bei guter Ordnung des Marktes eingetreten wäre“. Der Staat wird also vor allem dann bedeutsamer, wenn er es zuvor versäumt hat, die Funktionsweise des Marktes sicherzustellen. Genau vor dieser Aufgabe steht die deutsche Wirtschaftspolitik jetzt. Und zwar nicht nur um die Folgen der Corona-Krise auszugleichen, sondern auch um die seit Jahrzehnten externalisierten Kosten von Umweltverschmutzung und Klimawandel wieder „marktwirtschaftlich“ in die notwendige Ordnung zurück zu holen. Das aber wird, wenn wir weitere Einbrüche in den Arbeitsmarkt verhindern und neue Arbeitsplätze in Klimapolitik und Umweltschutz schaffen wollen, nicht ohne staatliche Strategien und strategische finanzielle Interventionen möglich sein. Die Bedeutung einer solchen transformatorischen Politik in Zeiten großer technologischer Umbrüche hat zuletzt auch der Ökonom Daron Acemoglu immer wieder betont.

Hier könnten wir allerdings immer wieder an den engen Regeln der EU-Beihilferegeln scheitern. Eine wohlverstandene Industriepolitik zur Ausrichtung unternehmerischer Aktivität, technologischer Innovation und öffentlicher Forschungsausgaben für die Zukunft – nicht aber der Eintritt in dirigistische Staatswirtschaft und Bestrebungen um Re-nationalisierung und Autarkie! – müsste während der Periode des Wiederaufbaus unbedingt genutzt werden können, sonst

würde Europa in der Zeit der technologischen und geopolitischen Neuordnung erneut weit hinter den USA und China zurückbleiben. Denn sowohl in den USA wie in China gibt es außer den Regeln der WTO (Welthandels Organisation) keinerlei Grenzen für staatliche Hilfen für einzelne Unternehmen. In den USA (obwohl, anders als die EU, ein Staat!) ist jeder einzelne Mitgliedstaat im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten berechtigt, einzelnen Unternehmen Finanzhilfen in faktisch unbegrenzter Höhe zu gewähren! Europa sollte endlich begreifen, dass diese Freiheiten erhebliche Vorteile in Zeiten des Strukturwandels bedeuten. Hier besteht von Seiten der Bundesregierung, die ja diese Einschätzung weitgehend teilt, heute ebenfalls ein Schwerpunkt der Europapolitik: Es kann ja nicht sein, dass man mit Recht dem Stärkeren höhere Solidarleistungen in Europa abverlangt, ihm aber nicht gestattet, seine Stärke aus eigener Kraft zu erhalten. Eine solche Politik müsste auf die Dauer den europäischen Zusammenhalt sprengen.

Die Stärkung eines föderalen Europas

Dabei gibt es gerade jetzt die Chance zu zeigen, dass ein föderales Europa nationaler Vielfalt den Menschen besseren Schutz und aussichtsreichere Perspektiven bieten kann. Dies deutlich zu machen, wäre eine weitere, vordringliche Aufgabe deutscher Politik jetzt, denn der bisherige, zentralistische Ansatz Brüsseler Europapolitik hat seine Grenzen erreicht: Die Bedingungen eines Wiederaufbaus in Europa werden von Land zu Land, von Region zu Region sehr unterschiedlich sein müssen. Finanzielle, solidarische Hilfen müssen zwischen den Staaten geleistet werden, aber die Verantwortung für den Wiederaufbau muss bei den einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Vertrauen kann nur dort gewonnen werden, wo Verantwortung unmittelbar demokratisch getragen wird. Nur wenn EU-Parlament und Kommission das endlich begreifen, wird auch Europa die große Krise erfolgreich bestehen können.

Insofern erteilen die Erfahrungen der Corona-Krise auch der Europapolitik eine nachdrückliche Lehre. Die Pandemie nahm von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat einen sehr unterschiedlichen Verlauf. Lebensgewohnheiten, Klima und historisch bedingte Sozialsysteme reagierten zwangsläufig höchst unterschiedlich. Das zeigt auch ein internationaler Vergleich. Auch größere Staaten, wenn föderalistisch organisiert, hatten bisher offenbar den Vorteil eines dann auch dezentraler organisierten Gesundheitssystems; sie konnten die Vielfalt regionaler Einrichtungen und dezentraler politischer Verantwortung flexibler einsetzen. Dies erleichterte offenbar einen beschleunigten Lernprozess und die Rückkehr in eine „vorläufige Normalität“. Es fällt auf, dass die deutschen Medien, die früher kaum ein gutes Haar am Föderalismus lassen wollten, plötzlich voller Erstaunen und voll Lobes über diese alte, deutsche Tradition sind. Es ist richtig, dass die Skalierung digitaler Technologien und die Externalitäten des Klimawandels nur global lösbare Probleme sind. Die Herstellung und die Stärkung regionaler und sogar lokaler Handlungsfähigkeit stehen aber dazu nicht im Widerspruch, sondern sind eine

notwendige Ergänzung: „All politics is local“, so einst der Speaker im US-Repräsentantenhaus, Tip O`Neil.

Es war dies aber auch eine Lehre für die Europapolitik selbst. Denn, wie Peter Graf Kielmannsegg kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schrieb, braucht Europa, das ja seine weltpolitische Bedeutung der Vielfalt und nicht der generellen Vereinheitlichung verdankte, „einen Wandel im Modus des Föderalismusprozesses“ um überhaupt Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Es bleibt ein tragisches Missverständnis, dass ein föderal verantwortliches Europa einem solidarischen Europa im Wege stehen müsse: Das Gegenteil ist nämlich richtig.

Die Chance für ein neues Risikomanagement und eine Perspektive des Fortschritts

Die Corona-Krise bringt großes gesundheitliches Leid und wirtschaftliche Not über viele Menschen und Länder. Aber sie ist zugleich eines jener seltenen Ereignisse, die den Lauf der Welt plötzlich und in ihrer Richtung verändern können. Sie hat uns völlig unerwartet in einen Zustand gebracht, von dem aus es notwendig und möglich geworden ist, eine neue Wirtschaftspolitik voranzutreiben. Die sichere Aussicht, nicht mehr überall in den alten Zustand zurückkehren zu können und auch nicht zu sollen, mag uns jetzt zum notwendigen Wandel befähigen, weil wir erkennen, plötzlich vom lieb gewonnen Status quo loslassen zu müssen. Die Krise hat gewiss unser Bewusstsein für Zukunftsfragen verändert und ein historisches Momentum für eine Richtungsänderung erzeugt.

Damit wird notwendig eine Diskussion über Risiken für Politik und Gesellschaft einhergehen. In dem „Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012“ der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag hatte es geheißen, derartige Pandemien ereigneten sich mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit zwischen 100 und 1000 Jahren, und das führte offenbar zu einer Zurückstellung eventuell notwendiger Vorbereitung. Die damals vom Robert-Koch-Institut erarbeiteten Voraussagen für den Verlauf möglicher Pandemien durch Covid-Viren lesen sich heute mit erschreckender Präzision. Diese Betrachtung wird man im Zeitalter der Globalisierung verändern müssen. Die heutigen Erfahrungen machen es nun umso bedeutsamer, dass Bundesregierung und Bundestag ihr Risikomanagement grundsätzlich überarbeiten und aktivieren. Vor allen Dingen gilt es, die Prioritäten zu überdenken. Die großen Risiken des Klimas, der Umwelt oder der Migration, der Pandemien oder Cyber-Attacken stehen heute offenbar in keinem realistischen Verhältnis mehr zu den möglichen militärischen Bedrohungen durch Russland oder China. Folglich stehen auch die militärischen Programme und Finanzplanungen der Nato heute offenkundig nicht mehr in einem vernünftigen und realistischen Verhältnis zu den weltweiten Gefahren zum Beispiel des Klimawandels. Dieses

Missverhältnis von Prioritäten muss nun in einem mutigen und offenen politischen Dialog unter wissenschaftlicher Begleitung geklärt werden.

Corona wird auch dafür ein neuer kollektiver Referenzpunkt werden, auf den wir zukünftige Entwicklungen und Ereignisse beziehen können. Es wird dabei zwangsläufig auch unterschiedliche Bewertungen und Schlussfolgerungen geben. Diese können jedoch, wie Robert J. Shiller in seinem jüngsten Buch „Narrative Economics“ betont, große ökonomische und gesellschaftliche Kräfte erzeugen – in die eine wie die andere Richtung. Corona stellt indes nicht, wie manche derzeit mutmaßen oder sogar fordern, die Systemfrage. Corona hat nämlich weder China noch Nordkorea noch die USA oder Dänemark verschont. Aber die epidemische Krise zeigt, dass wir unser erfolgreiches System in zwei wesentlichen Eigenschaften, die in der Vergangenheit für uns so bedeutsam waren, wieder stärken müssen: Wir brauchen wieder mehr Mut für eine offene politische Diskussion, Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Einsicht, dass es ohne persönliche Verantwortung keine Freiheit geben kann.

Denn die Gestaltung großer Zukunftsfragen wie der Digitalisierung, des Klimawandels oder der Bio- und der Gentechnologie wird mit großer Unsicherheit behaftet sein. Wir haben nur unvollständiges Wissen über die relevanten Zusammenhänge, und doch werden sie wesentlich für neue Lösungen sein. Eine verantwortungsvolle Politik wird sich näher mit den Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft auseinandersetzen und dadurch auch enger an den Fragen von Ethik und Vertrauen ausrichten müssen. Die Pandemie hat gezeigt, wie notwendig und gleichzeitig schwierig das ist, vor allem in der Kommunikation dessen, was Wissenschaft nicht weiß und Politik dennoch unter Abwägung von Interessen entscheiden muss. Unter diesen, in der Zukunft häufiger auftretenden Bedingungen müssen Politik und Gesellschaft gleichwohl gestalten. Der Risikoforscher Taleb hat dafür den Begriff der „Antifragilität“ geprägt, der die Fähigkeit bezeichnet, durch und an Krisen zu wachsen. Das zu erkennen, ist die große Chance für die Zeit „nach Corona“, damit die anstehenden großen Entscheidungen uns in die richtige Richtung führen – als eine nächste Evolution des Fortschritts und für eine Politik der Stabilität im notwendigen Wandel.

Das HWWI ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen- und Anwendungsforschung betreibt. Es versteht sich als wissenschaftlicher Impulsgeber für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Der wissenschaftliche Partner ist die Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das HWWI mit einer Niederlassung in Bremen präsent.

Die Themenfelder des HWWI sind:

- Digitalökonomie
- Arbeit, Bildung und Demografie
- Energie, Klima und Umwelt
- Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel
- Ökonomie der Städte und Regionen

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)

Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 340576-0 | Fax: +49 (0)40 340576-150
info@hwwi.org | www.hwwi.org